

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschlussübersicht

- B1 Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017
- B2 Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt
- B3 Vernetzung der Jugendvertreter(innen) der Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland stärken und Jugendvertreter(innen) in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland
- B4 Vielfalt neu denken und stärken – Grundlagen eines demokratischen Zusammenlebens in einer gerechten Gesellschaft
- B5 Forderungen für eine jugendgerechte Netzpolitik
- B6 aej-Beitragsordnung
- B7 Aufnahme von Geflüchteten solidarisch gestalten

Der Haushalt 2014 wurde einstimmig beschlossen.

Die Entlastung des Vorstandes und die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2012 wurden auf Antrag der Rechnungsprüfer einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen.

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.01/2013

Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017

Mit ihrem Beschluss hat die 123. aej-Mitgliederversammlung 2012 festgelegt, die Perspektive junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in die Planungen für das Reformationsjubiläum einzubringen. Die Beteiligung der aej am Reformationsjubiläum 2017 soll die Bedeutung der Reformation für junge Menschen, die Impulse für die Gestaltung des kirchlichen Lebens in den unterschiedlichen evangelischen Kirchen und Gemeinschaften und die Herausforderungen reformatorischen Denkens für die Verantwortung junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen (vgl.: 123. aej-Mitgliederversammlung 2012, Beschluss 3).

Voraussetzung einer Beteiligung ist, dass die aej-Mitglieder und ihre Untergliederungen sich aktiv im Rahmen der gemeinsamen Konzeption eigenständig einbringen.

Die entscheidenden Beiträge der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit zum Reformationsjubiläum sind die dezentralen Veranstaltungen der Mitglieder der aej in den Lebensräumen junger Menschen. Dies entspricht auch den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung im Sinne sozialer, ökologischer und ökonomischer Gerechtigkeit. Diese Prinzipien gehören darüber hinaus zum Grundsatz der inhaltlichen und strukturellen Planungen.

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

Für die Präsenz der Evangelischen Jugend im Reformationsjubiläumsjahr plant die aej folgende beteiligungsorientierte Formate:

1. Internationales Jugendcamp

Die aej führt in Kooperation mit ihren Mitgliedern und deren internationalen und ökumenischen Partnern ein Jugendcamp in Wittenberg durch. Dazu wird sie während der freien Zeiträume die Infrastruktur des geplanten Konfi-/Jugendcamps nutzen. Angestrebt wird ein Camp für ca. 6 Tage und 300 Teilnehmer(inne)n. Das Camp wird jugendgemäße Formen der Begegnung mit Wittenberg, reformatorischen Inhalten und der Evangelischen Jugend ermöglichen.

2. Evangelische Jugend auf der Weltausstellung

Im Rahmen der Weltausstellung zur Reformation wird die Evangelische Jugend über die Laufzeit (95 Tage) mit zwei Standbeinen präsent sein:

- Der „Pavillon der Jugend“ zeigt die Perspektiven junger Menschen auf Reformation, Kirche und Gesellschaft. Er macht deutlich, dass Evangelische Jugend zentraler Bestandteil der Kirche ist und die Zukunft der Kirche aktiv mitgestaltet.
- Damit verbunden führt die aej ein jugendgemäßes und beteiligungsorientiertes Bauprojekt durch. Sie macht damit deutlich, dass junge Menschen öffentlich sichtbar am Reich Gottes bauen und ihre Themen und ihre Lebenswelt darin Platz haben.

3. Vorbereitende inhaltliche Auseinandersetzung

Die aej veranstaltet 2015 eine Fachtagung zum Thema Reformation und Lebenswelt junger Menschen, zur Vorbereitung und Vertiefung inhaltlicher Schwerpunkte.

Parallel dazu schlägt sie ihren Mitgliedern vor, dezentrale Veranstaltungen mit Jugendlichen durchzuführen, um die heutigen jugendrelevanten Fragestellungen der Reformation zu identifizieren und sich damit auseinanderzusetzen. Eine Gelegenheit dazu bietet beispielsweise der Deutsche Evangelische Kirchentag 2015 in Stuttgart.

4. Kommunikationsstrategie, Plattform und Dachmarke

Die aej lädt ihre Mitglieder ein, das Reformationsjubiläum aktiv zu gestalten. Dafür stellt sie eine Kommunikationsplattform zur Verfügung (z. B. das Infoportal) und entwickelt eine Dachmarke, die für alle zentralen und dezentralen Veranstaltungen genutzt werden soll.

5. Ressourcen

Die aej entwickelt Rahmendaten für das Konzept und führt daraufhin Verhandlungen mit möglichen Geldgebern (insbesondere EKD und Bund) über die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen. Die Klärung der Finanzierung ist Bedingung für die Durchführung der einzelnen Bausteine. Dabei ist sicherzustellen, dass die aej/ESG-Geschäftsstelle ihren regulären Aufgaben ohne größere Einschränkungen weiter nachkommen kann und Risiken für den Haushalt vermieden werden. Die aej Geschäftsstelle richtet dafür einen Sonderhaushalt ein und legt diesen der aej-Mitgliederversammlung im Herbst 2014 zum Beschluss vor.

6. Verantwortung der aej-Mitglieder

Die Mitglieder der aej verpflichten sich, die Bedingungen für Ihre Beteiligung am Reformationsjubiläum bis Mitte 2014 zu klären und darüber die Projektgruppe zu informieren. Für eine Beschlussfassung bei der 125. Mitgliederversammlung ist es außerdem notwendig, dass die Mitglieder in ihren Gremien zu den dann erarbeiteten Vorlagen hinsichtlich ihrer Beteiligung an den Planungen zu verbindlichen Aussagen kommen.

7. Nächste Schritte bis zur 125. Mitgliederversammlung

- Die Mitgliederversammlung beauftragt die Projektgruppe mit der Koordination des Prozesses und der beteiligungsorientierten Qualifizierung.

- Die Projektgruppe detailliert das Konzept bis zur Sommerpause. Dabei berücksichtigt sie die besondere Situation der evangelischen Jugend in Mitteldeutschland.
- Aufbauend auf diesem Konzept wird die aej die Finanzierungsmöglichkeiten klären und die Mitglieder informieren.
- Die aej setzt sich dafür ein, dass die Sichtweisen und Interessen junger Menschen und die Konzepte der aej in die Gesamtplanungen für das Reformationsjubiläum inhaltlich und strukturell eingebracht werden.
- In Absprache mit der Projektgruppe legt der Vorstand der Mitgliederversammlung 2014 einen abgestimmten Projektplan zur Beschlussfassung vor.
- Die Projektgruppe überlegt, wie die zahlreichen und vielfältigen Veranstaltungen der aej-Mitglieder zum Reformationsjubiläum sichtbar gemacht und kommuniziert werden können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Enthaltungen

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.02/2013

Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt

Noch immer werden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (im Folgenden LSBTTI* genannt), diskriminiert. Sie treffen in ihren Lebenskontexten auch in Kirchen auf Aversionen und Feindseligkeiten. Diese haben viele Facetten und Ausdrucksformen: Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Hass und Hetze.

Vielfach werden LSBTTI* gerade in kirchlichen Kontexten der Zugang zu bestimmten Berufsfeldern erschwert oder verweigert und ihre Lebenspraxis eingeschränkt. Kinder und Jugendliche können dadurch ein negatives und der guten Botschaft des Evangeliums von Jesus Christus widersprechendes Vorbild erleben, welches sie in Distanz zu Kirche und ihrer Botschaft bringt.

Wir wollen, dass die Evangelische Jugend ein Ort ist, an dem alle Jugendlichen ihre persönliche Identität in Liebe, Begegnung und Partnerschaft erfahren, erproben und festigen können. Unsere Kirchen sollen ein Raum sein, in dem alle Menschen mit ihrer jeweiligen sexuellen Identität und Orientierung Achtung, Wertschätzung und

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

Gleichbehandlung erfahren. Die Evangelische Jugend sieht Vielfalt als eine Bereicherung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität und Orientierung zu akzeptieren, ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft und Grundlage für ein dauerhaft gutes Miteinander. Nur wenn sich jeder einzelne Mensch angenommen und akzeptiert fühlt, kann er seine Potenziale in allen Lebensbereichen entfalten.

Wir sind uns dessen bewusst, dass sich aus verschiedenen Verständnissen und Zugängen zur Heiligen Schrift unterschiedliche Bewertungen von Sexualität ergeben. Wir glauben jedoch, dass sich aufgrund der Botschaft des Evangeliums von Jesus Christus, der uns Liebe und Annahme aller Menschen vorgelebt hat, Wege für eine Gleichbehandlung finden lassen.

Wir sind überzeugt, dass der christliche Glaube nicht dazu missbraucht werden darf, andere Menschen auf Grund ihrer sexuellen Identität und Orientierung zu diskriminieren.

Wo sich theologische Positionen verhärten, ergeben sich Ungleichbehandlung und damit Diskriminierung von LSBTTI*.

Dies ist ein unerträglicher Zustand und wird unserem Verständnis einer im Auftrag Jesu Christi handelnden Kirche nicht gerecht.

Gottes Segen gilt allen Menschen und ihren auf Verbindlichkeit und Liebe fußenden Beziehungen.

Daraus folgt:

Die Evangelische Jugend und die evangelischen Kirchen, Werke, Verbände und Freikirchen setzen sich aktiv gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Menschen, die unterschiedliche sexuelle Identitäten und Orientierungen leben, ein.

Sie setzen sich mit gelungenen Modellen der Gleichbehandlung in ihren Zusammenhängen auseinander und orientieren sich daran.

Eingetragene Lebenspartnerschaften werden gesegnet, wenn das Paar dies wünscht.

Diskriminierung ist abzubauen, die gerade in kirchlichen Kontexten LSBTTI* den Zugang zu bestimmten Berufsfeldern erschwert oder verweigert und ihre Lebenspraxis einschränkt.

Auch das geistliche Amt mit seinen daraus resultierenden Anforderungen an die persönliche Lebensführung und die Lebenspraxis von LSBTTI* schließen einander nicht aus.

Die Geschäftsstelle der aeJ wird gebeten, neuere Veröffentlichungen und Materialien zum Thema der Mitglieder der aeJ bzw. aus kirchlichen Bezügen zu sichten und gegebenenfalls auf dem Infoportal der Evangelischen Jugend in kommentierter Form zur Verfügung zu stellen.

*LSBTTI ist eine Abkürzung für verschiedene sexuelle Identitäten: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle. Der * bedeutet hier, dass auch alle anderen mit eingeschlossen sind, aber in den hier gewählten Formulierungen nicht wiederfinden.*

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen 2 Enthaltungen

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.03/2013

Vernetzung der Jugendvertreter(innen)
der Synoden der evangelischen Kirchen
in Deutschland stärken
und
Jugendvertreter(innen) in den Synoden
der evangelischen Kirchen
in Deutschland

Die Jugendvertreter(innen) in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland nehmen häufig Schlüsselpositionen ein: Sie geben der Evangelischen Jugend als Gegenwart und Zukunft von Kirche ein Gesicht und setzen sich bei den Synodalen unmittelbar für die Belange der Evangelischen Jugend ein. Engagiert und professionell beteiligen sie sich an der Arbeit der Synode, weisen in Entscheidungsprozessen oftmals, aus Sicht der Jugend, auf das aktuelle Zeitgeschehen hin und werden durchweg als eine positive Bereicherung wahrgenommen.

In den Synoden stellen junge Menschen allerdings häufig nur eine Randgruppe dar. Aufgrund der langen Amtszeiten und Delegationswege ist es für junge Menschen oftmals unmöglich, ordentlich gewählte(r) Synodale(r) einer Synode zu werden. Zwar werden in eini-

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

gen Synoden Vertreter(innen) der Evangelischen Jugend als Jugenddelegierte berufen, die allerdings im Vergleich zu den ordentlichen Synodalen häufig nur beschränkte Rechte wahrnehmen können. Aus Sicht der Evangelischen Jugend gilt es daher, der Marginalisierung der jungen Generation in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland entgegenzutreten.

Vor diesem Hintergrund strebt die Evangelische Jugend eine stärkere Vernetzung und einen intensiveren Austausch der Jugendvertreter in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland an. Dabei sind die Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen, die noch keine Jugenddelegierten/-synodalen haben, mit zu berücksichtigen. Hierzu beauftragt die aej-Mitgliederversammlung die aej-Geschäftsstelle in Absprache mit dem Vorstand ein Konzept für ein Forum zu entwickeln um Potenziale, Grenzen und mögliche Formen der Vernetzung sowie die Möglichkeiten und Notwendigkeit einer intensiven An- und Einbindung in die Strukturen des jeweils Delegierenden (Landeskirchen/Verband) zu erarbeiten und dieses Konzept umzusetzen. Sofern sich dieses als geeignet erweist, soll diese Zusammenarbeit fortgesetzt und in der 126. Mitgliederversammlung der aej diskutiert werden. Darüber hinaus sollen dazu, wo möglich, bestehende Strukturen genutzt werden. Unabhängig davon betonen wir die elementare Bedeutung der Unterstützung durch sowie Einbindung in die jeweiligen Geschäftsstellen und Versammlungen der Jugendvertretungen.

Wie im oben ausgeführten Beschluss ausgeführt, sind Jugendvertreter in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland aus Sicht der 124. aej-Mitgliederversammlung wichtig, weil sie der Evangelischen Jugend als Gegenwart und Zukunft von Kirche ein Gesicht geben. Die Jugendvertreter(innen) setzen sich in den Synoden und den entsprechenden Gremien der Freikirchen unmittelbar für die Belange der Jugend an sich und der Evangelischen Jugend im Besonderen ein und leisten somit einen wichtigen Transfer für die gemeinsame, Generationen umfassende Kirche.

Die 124. aej-Mitgliederversammlung fordert deshalb die evangelischen Kirchen in Deutschland dazu auf, Jugendvertreter(innen) in all ihren Synoden und den entsprechenden Gremien der Freikirchen in angemessenem Verhältnis zuzulassen und diese mit Stimmrecht auszustatten.

Abstimmungsergebnis beider Beschlüsse: mehrheitlich bei einigen Enthaltungen

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.04/2013

Vielfalt neu denken und stärken - Grundlagen eines demokratischen Zusammenlebens in einer gerechten Gesellschaft

In den vergangenen Jahren haben vielfältige ökonomische, kulturelle und politische Entwicklungen dazu geführt, dass unsere Gesellschaft pluraler und vielfältiger geworden ist und seit langem bestehende Benachteiligungen ins Bewusstsein getreten sind. Weltweite und regionale Migrationsbewegungen, Pluralisierung der Lebensformen, kulturelle Globalisierung prägen das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Entfaltung der Person und die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen sind als soziale und politische Fragen auf die Tagesordnung gelangt. Im Kontext dieses Prozesses sind jene Faktoren benannt worden, die individuelle Lebensführung ermöglichen oder einschränken. Vielfalt zu leben ist nach Überzeugung der aej nur in einer gerechten, demokratischen und von Teilhabe geprägten Gesellschaft möglich.

Verschiedenste Lebenschancen einschränkende Strukturen und Mechanismen, Stereotypen gegenüber dem vermeintlich Fremden und diskriminierende und ausgrenzende Faktoren unter denen Menschen leiden, stellen die Evangelische Jugend vor die Heraus-

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

forderung, einerseits Vielfalt neu zu denken und andererseits die Voraussetzungen für ihre Realisierung zu schaffen.

Wir sind uns bewusst, dass dies ein längerfristiger Prozess ist, auf den sich die aej gemeinsam mit ihren Mitgliedern einlässt.

Das Thema soll nach Maßgabe der folgenden Ziele bearbeitet werden:

- Die Evangelische Jugend macht sich für ein Zusammenleben in Vielfalt stark, sucht nach konkreten Möglichkeiten dafür in ihren Reihen und macht in ihrer praktischen Arbeit deutlich: Hier ist ein Ort für das Zusammenleben von Menschen in all ihrer Unterschiedlichkeit.
- Orientiert an der biblischen Vision vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit identifiziert und benennt die Evangelische Jugend Formen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit und sucht nach Möglichkeiten, sie zu überwinden.

Vielfalt neu zu denken bringt für die Ev. Jugend eine Vielzahl von Fragen und Aufgaben mit sich, insbesondere in Bezug auf die eigene Identitätsentwicklung und in der Begleitung von Kindern und Jugendlichen.

Der Anspruch, Menschen unvoreingenommen und als Individuen wahrzunehmen führt zwingend dazu, eine vermeintliche Normalität bei sich selber und anderen infrage zu stellen. Dabei können feste Konzepte und Werte ins Wanken geraten. Zentral stellt sich die Frage nach einem eigenen persönlichen Profil, das Selbstsicherheit ausbildet und Wertvorstellungen beinhaltet, durch die angstfrei und mit Respekt auf andere zugegangen werden kann. Vielfalt braucht das Gespräch, die Auseinandersetzung, den Streit und die Bereitschaft, sich Anderen zuzuwenden.

Schwerpunkte

In der Arbeit der Evangelischen Jugend im Kontext „Vielfalt neu Denken“ sollten insbesondere folgende Themen aufgegriffen werden:

- Herstellung von sozialer und Teilhabegerechtigkeit
- Enthinderung der Gesellschaft
- Kulturelle Vielfalt und interkultureller sowie interreligiöser Dialog in einer Migrationsgesellschaft
- Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt der Lebensformen und sexuellen Orientierungen (Geschlechtersensibilität).

Schritte für die Umsetzung

- Ein Fachtag/eine Konsultation im Vorfeld der aej-Mitgliederversammlung 2014 benennt Herausforderungen, Aufgaben für die Evangelische Jugend und Ideen für die Bearbeitung des Themas.
- Eine Expert(inn)engruppe greift die Ergebnisse des Fachtages auf und erarbeitet eine Vorlage für die aej-Mitgliederversammlung 2014, auf der diese Thematik als Schwerpunktthema aufgegriffen wird.
- „Vielfalt neu Denken“ ist Schwerpunktthema der 125. aej-Mitgliederversammlung 2014.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Enthaltungen angenommen

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.05/2013

Forderungen für eine jugendgerechte Netzpolitik

Unsere Gesellschaft wird derzeit durch die Möglichkeiten vernetzter Datenverarbeitung vielfältig und tiefgreifend beeinflusst. Evangelische Kinder und Jugendliche nehmen dies in ihrer Lebenswelt wahr. Aber auch das globale Wirtschafts- und Finanzsystem, die Medienwelt und politische Entscheidungsprozesse werden vom Internet verändert. Dem gegenüber steht derzeit eine Netzpolitik, die sich in insolierten Betrachtungen verliert und nicht in der Lage scheint, die Herausforderungen des Internets für die globale Gesellschaft und ihre Zukunft umfassend im Sinne eines kohärenten Politikfeldes anzugehen. Gerade Kinder und Jugendliche haben ein besonderes Interesse an einer guten Netzpolitik – die deshalb auch klar aus ihrer Perspektive und ausgehend von ihren Interessen gedacht werden muss. Aus einer solchen jugendpolitischen Perspektive auf das Internet ergeben sich für die Evangelische Jugend als erster Schritt in dieser wichtigen Debatte folgende Kernforderungen und Grundlinien für eine zukünftige, jugendgerechte Netzpolitik:

- Die Neutralität der informationstechnologischen Infrastruktur gegenüber Datenpaketen (Netzneutralität) ist eine Grundvoraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung des Internet und muss uneingeschränkt gelten. Sie aufzuweichen

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

bedeutet die Eigenlogik und das Potenzial des Internet auszuhebeln.

Wir fordern deshalb politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger(innen) auf, Netzneutralität zu garantieren und umzusetzen.

- Allen Menschen – und insbesondere Jugendlichen – muss der Zugang zum Internet und seinen Anwendungen möglich sein. Das bedeutet Zugang zur notwendigen Hardware einerseits und zur Netzinfrastruktur andererseits.

Wir fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau von erschwinglichen Breitbandinternetzugängen – insbesondere im ländlichen Raum und in Stadtrandgebieten – und den Zugang aller Jugendlichen zu angemessener Hardware, Software und Know-How.

- Jugendliche brauchen Sicherheit im Internet - insbesondere vor sie gefährdender und entmündigender Verwendung ihrer Informationen. Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht den Verzicht auf die Nutzung des Internet bedeuten müssen.

Stattdessen muss die Rechtslage den Bedürfnissen der Nutzer(innen) und Bürger(innen) angepasst werden.

Wir fordern deshalb den Schutz vor Überwachung (durch staatliche, private oder kommerzielle Akteure) und den Schutz der Privatsphäre sowie der informationellen Selbstbestimmung rechtlich neu zu gestalten. Die Verabschiedung einer starken europäischen Datenschutzverordnung, die das Recht auf Vergessen beinhaltet, ist dazu ein wichtiger Schritt. Keinesfalls darf im Zuge einer europäischen Regelung das hohe Datenschutzniveau Deutschlands unterschritten werden. Dies ist auch bei der Aushandlung transnationaler Verträge wie etwa europäisch-amerikanischen Handelsabkommen zu beachten.

- Jugendschutz im Zeitalter digitaler Medien ist eine besondere Herausforderung. Die klassischen Instrumente des Jugendschutzes stoßen angesichts der weltweiten Infrastruktur des Netzes an ihre Grenzen. Inhalte, die für junge Menschen nicht geeignet sind, können kaum reguliert werden, insbesondere nicht, wenn deren Anbieter und diejenigen, die Zugänge zu ihnen bereitstellen, Verantwortung aufeinander abschieben und sich nicht an nationalstaatliche Regelungen halten müssen. Erfolgversprechende Ansätze in Deutschland werden zudem von unklaren föderalen Zuständigkeiten behindert.

Noch mehr als je zuvor ist es deshalb notwendig, die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen im selbstbestimmten und reflektierten Umgang mit Medien und ihren Inhalten zu stärken. Im Kontext des Generationen-Gaps im Umgang mit neuen Medien fällt deshalb Kindern und Jugendlichen selbst in der Unterstützung ihrer Peers eine Schlüsselrolle zu.

Wir fordern deshalb die Entwicklung von Instrumenten, die Anbieter von Zugängen und Inhalten zu einem verantwortungsvollen Jugendschutz verpflichten – auch über Staatsgrenzen hinaus. Die Zuständigkeit für Jugendschutz und Online-Medien muss Bundesangelegenheit sein. Durch die Unterstützung von emanzipatorischer Medienkompetenzbildung – insbesondere durch Peers – müssen junge Menschen sich gegenseitig für den Umgang mit den Chancen und Risiken des Internet stark machen können. Dazu gehört auch Unterstützung im Umgang mit bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel in Bezug auf das Urheberrecht. Dies sollte auch im Rahmen schulischer und außerschulischer Bildung Berücksichtigung finden und muss angemessen staatlich gefördert werden.

- Das Internet hat die bisherigen Strukturen wirtschaftlicher Verwertung geistigen Eigentums ebenso infrage gestellt, wie es die Bedingungen seiner Produktion verändert und in vie-

lerlei Hinsicht verbessert hat.

Urheber(innen) geistigen Eigentums müssen dies auch wirtschaftlich verwerten können, aber dazu sind nun neue Formen notwendig. Diese zu entwickeln ist eine Herausforderung, die kreativ angegangen werden muss und die Chance birgt, gerechtere Strukturen und Mechanismen zu schaffen. Wir fordern deshalb ein Urheber(innen)recht, das gerecht ist für alle: die Nutzer(innen) und Produzent(inn)en geistigen Eigentums, nicht nur die Verwerter(innen) von bestehenden Interessen. Das Urheber(innen)recht und seine Durchsetzung darf in keinem Fall dazu dienen, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und muss für Beschuldigte praktikabel überprüfbar sein. An der Weiterentwicklung des Urheber(innen)rechts aus jugendpolitischer Praxis werden wir uns konstruktiv beteiligen.

- Das Internet hat den Zugang zu Informationen von vielen Hindernissen befreit. Darin liegt eine der vielversprechendsten Chancen des Internet. Die Schaffung kultureller Güter, wissenschaftliche Erkenntnis, neue demokratische Prozesse – all dies kann durch den freien Zugang zu Information befördert werden. Wiewohl freier Zugang zu Information auch eine Herausforderung für die Wahrung der Rechte von Urheber(innen) ist, überwiegt doch das Potenzial für die Gesellschaft insgesamt. Der freie Zugang zu Information ist die Grundlage für die Schaffung geistigen Eigentums im Zeitalter des Internet.

Wir fordern deshalb den freien Zugang zu Informationen als zu schützenden Grundsatz des Internet anzuerkennen und zu fördern. In der Abwägung mit legitimen Verwertungs- oder Geheimhaltungsinteressen ist der Freiheit der Informationen gleiches Gewicht einzuräumen.

- Das Internet hat neue Formen sozialer Netzwerke ermöglicht. Ihre Entwicklung steht heute erst am Anfang. Ihr Wert liegt

nicht in ihrer Struktur, sondern in den Verbindungen und Kommunikationen, die durch ihre Teilnehmer(innen) ständig kreiert werden.

Der Wert dieser kollektiven und interaktiven Schöpfung muss denen gehören, die ihre Urheber(innen) sind: nicht den Firmen, die Infrastruktur bereitstellen und von ihr profitieren, sondern den Usern als eigentlichen 'Autor(inn)en'. Die (privatwirtschaftliche) Struktur sozialer Netzwerke im Internet muss deshalb neu gedacht werden – die bisherige Praxis, wirtschaftliche Interessen über Nutzerinteressen zu stellen, muss enden.

Wir fordern deshalb die Kontrolle über die Verwertung von Information den User(inne)n als Urheber(innen) zu überlassen. Die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden.

- Das Internet beruht auf materiellen und immateriellen Infrastrukturen.

Beide werden durch politisches Handeln, durch Finanzierung und Regulierung und durch rechtliche Rahmenbedingungen gestaltet. Diese Prozesse sind heute noch kompliziert, intransparent und ungenügend in der politischen Diskussion zusammengeführt.

Wir fordern deshalb, dass Entscheidungen, die die Infrastrukturen des Internet betreffen, transparent getroffen und diskutiert werden. Die Rahmenbedingungen des Internet müssen demokratisch kontrolliert werden und dürfen weder den Entscheidungen großer Konzerne noch intransparenten Regierungsbehörden überlassen werden.

- Das Internet macht nicht an Staatsgrenzen halt. Das ist eine Stärke, aber auch eine Herausforderung für die demokratische Kontrolle und Gestaltung des Internet, insbesondere der Sicherung der von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten. Einige Staaten und Konsortien von Unternehmen können

über die Kontrolle von für das Internet essentiellen Protokollen und Standards besondere Macht ausüben.

Wir fordern deshalb die Schaffung demokratischer und transparenter Strukturen der weltweiten Governance des Internet und seiner materiellen und immateriellen Infrastruktur.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einigen Enthaltungen angenommen

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.06/2013

aej-Beitragsordnung

Die aej-Beitragsordnung wird in einer Paketlösung angepasst, die in der Summe eine Steigerung von mindestens 25.000 € jährlich erlaubt und damit die Kernaufgaben des Vereins aus eigenen, von den Mitgliedern aufgebrauchten Ressourcen sicherstellt. Die Paketlösung hat folgende Elemente:

- Erhöhung des Sockelbeitrags pro Delegierten-Platz von € 140,00 auf € 160,00.
- Ausweitung des Sockelbeitrags pro Delegierten-Platz auch auf die landeskirchlichen Delegierten.
- Einführung eines Beitrags für Letztempfänger von Fördermitteln aus dem KJP-Programm Internationale Jugendarbeit, die dem aej-Mitgliederspektrum zuzurechnen sind, in Höhe von 2,5 % der Zuwendungssumme.
- Belastung von Nicht-Mitgliedern (z. B. Diakonie) bei der Ausreichung von Fördermitteln aus dem KJP-Programm Internationale Jugendarbeit in Höhe von 5,0 % (= doppelter Satz gegenüber den Mitgliedern) der Fördersumme.

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei drei Enthaltungen

Die Umsetzung des Beschlusses greift ab dem Jahr 2015

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.07/2013

Aufnahme von Geflüchteten solidarisch gestalten

Unsere Verantwortung für würdevolles menschliches Leben von Geflüchteten endet nicht an der deutschen Staatsgrenze

Der Umgang mit den Geflüchteten von Lampedusa zeigt erneut: Die deutsche Bundesregierung übernimmt zu wenig Verantwortung für Geflüchtete, die in Europa Schutz suchen. Oft haben sie in lebensbedrohlicher Lage und größter Not ihre Heimat verlassen und sind auf die Hilfe der Europäischen Gemeinschaft angewiesen. Als wohlhabender und wirtschaftlich starker Mitgliedsstaat kann und muss Deutschland mehr Geflüchtete aufnehmen. Die aktuelle Praxis der Bundesregierung entspricht nicht unseren christlichen und menschlichen Werten. Als Christinnen und Christen orientieren wir uns an den Taten und Worten Jesu, der solidarisch mit den Armen und Schwachen gelebt und uns dies als Aufgabe hinterlassen hat. Wir setzen uns für einen nach den Menschenrechten definierten, menschenwürdigen Umgang mit von Flucht betroffenen Menschen ein.

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

Unsere Forderungen:

- Die südlichen Länder sind mit den durch regionale Krisen entstehende Fluchtbewegungen alleine gelassen. Zu deren Entlastung fordern wir die deutsche Bundesregierung dazu auf, sich für die Reform der Dublin-Abkommen einzusetzen.
- Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, deutlich mehr Geflüchtete unabhängig vom Einreiseland aufzunehmen. Es soll darauf hingewirkt werden, dass Geflüchtete in allen europäischen Ländern gerecht unter Einbezug ihrer Wünsche willkommen geheißen werden.
- Wir fordern, dass insbesondere minderjährige Geflüchtete dem Kindeswohl angemessen betreut und bestmöglich unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Enthaltung